

## **Zur Rolle von *Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage* in Halle**

*Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage* wurde 2010 ins Leben gerufen und befindet sich (Stand 2/2024) in rechtlicher Trägerschaft des Friedenskreis' Halle e.V. Viele Organisationen und Privatpersonen der Stadt sind dem Bündnis beigetreten. Die Unterzeichner bekennen sich zur lebendigen Demokratie, zum respektvollen Umgang miteinander, zu Vielfalt und zur Weltoffenheit als Fundament für das Zusammenleben in der Stadt. Sie distanzieren sich grundsätzlich von jeglicher Art der Ausgrenzung, der Diskriminierung und des Rassismus im Alltag, im öffentlichen Raum und in institutionellen Strukturen. Die Projektarbeit findet in Arbeitsgruppen statt, beispielsweise in der *AG Bildung* oder in der *AG Demonstrationen & Aktionen*. Deren Finanzierung erfolgt über Fördermittel und Spenden. Nach außen wird das Projekt durch gewählte Sprecherinnen und Sprecher vertreten.<sup>1</sup>

Im Dezember 2021 flogen einer der damaligen Sprecher von *Halle gegen Rechts* sowie weitere Personen in die USA. „Eingeladen hatten die Departements of State (Außenministerium) und Homeland Security (Heimatschutzministerium) der USA zusammen mit den US-Generalkonsulaten Leipzig und Hamburg. Das Treffen beinhaltete Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden (u.a. von beiden Ministerien, Katastrophenschutz, Polizei, FBI), der Georgia State University und von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen, die sich zu ihren Erfahrungen, Strategien und erfolgreichen Maßnahmen im Umgang mit und in der Prävention von extremistischer Gewalt austauschten.“<sup>2</sup> Die US-Generalkonsulate Leipzig und Hamburg hatten die Teilnehmenden ausgesucht und den Flug bezahlt.<sup>3</sup> Das Treffen fand im Rahmen des Netzwerks *Strong Cities Network* statt, dem die Stadt Halle zuvor beigetreten war.

Auf der Seite dieses global agierenden Netzwerks ist unter anderem zu lesen: „Im Oktober 2021 startete das *Strong Cities Network* mit Unterstützung des US-Außenministeriums seine Initiative für den transatlantischen Dialog, um die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeistern, Kommunalverwaltungen und Praktikern in ganz Europa und Nordamerika bei der Prävention von Extremismus, Hass und Polarisierung sowie beim Schutz der lokalen Demokratie zu stärken.“<sup>4</sup> Unter „Privacy & Cookies Policy“ findet sich der Hinweis, dass *Strong Cities Network* vom Institute for Strategic Dialogue (ISD) gehostet wird, einer in London ansässigen Gesellschaft.<sup>5</sup>

Halles Stadtverwaltung gibt weder Auskünfte über die konkreten Inhalte des besagten Treffens noch über sonstige Angelegenheiten, welche die Mitgliedschaft in dem transatlantischen Netzwerk betreffen.<sup>6</sup> Die Selbstdarstellung von *Strong Cities Network* bietet, je nach Wahrnehmung und Wertung geopolitischer Entwicklungen, unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation. Eine durchaus plausible Variante lautet: Politische Institutionen der USA wirken aktiv in die Zivilgesellschaften anderer Länder hinein, um dort, unter dem Vorwand der Stärkung demokratischer Werte, die gesellschaftliche Meinungsbildung im Sinne hegemonialer US-Interessen zu lenken. Diesbezüglich verweisen wir auf die KSZE-Schlussakte von 1975<sup>7</sup> (völkerrechtlich unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten).

Auffällig ist, dass der *Friedenskreis Halle e.V.*, Träger und Postadresse des Projektes *Halle gegen Rechts* sowie dessen Bündnispartner, etwa zeitgleich Bücher aus seiner Bibliothek aussortierte, die sich kritisch mit der US-Machtpolitik auseinandersetzen.<sup>8</sup>

Was die Akteure von *Halle gegen Rechts* unter Demokratieförderung verstehen und wie sie die aus den USA mitgebrachten Erfahrungen hierzulande umsetzen, verdeutlichen folgende zwei Beispiele, stellvertretend für viele weitere:

1.) Im Januar 2023 wollte die Paulusgemeinde in Halle eine Veranstaltung mit Dr. Hans-Joachim Maaz<sup>9</sup>, dem ehemaligen Chefarzt der Psychotherapeutischen und Psychosomatischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle, durchführen. Dieser hatte sich wiederholt kritisch zu Corona-Maßnahmen der Bundesregierung geäußert. Aktivisten von *Halle gegen Rechts* setzten den Gemeindegemeinderat unter Druck<sup>10 11</sup>, woraufhin Maaz wieder eingeladen wurde. Mittlerweile haben auch offizielle Stellen Fehler bei den Corona-Maßnahmen eingeräumt.<sup>12 13 14</sup>

2.) Gegen einen Vortrag von Daniele Ganser<sup>15</sup> machte das Bündnis 2022 u.a. mit dem Vorwurf mobil<sup>16</sup>, Ganser würde strukturell antisemitische Narrative verwenden.<sup>17</sup>

Oskar Lafontaine brachte es beim ersten Bundesparteitag von *Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit* auf den Punkt: „Candle-Culture ist präfaschistoid.“<sup>18</sup> Wenn also eine umfassend in der Stadtgesellschaft vernetzte Organisation es sich zur Aufgabe gemacht hat, inhaltliche Auseinandersetzungen mit kritischen Meinungen in der Öffentlichkeit zu unterbinden, Andersdenkende zu diskreditieren und damit die grundgesetzlich geschützte Meinungsvielfalt gezielt einzuschränken, müssen sämtliche Alarmglocken schrillen. Das gilt umso mehr, wenn die besagte Organisation eng mit der Kommunalpolitik kooperiert.<sup>19</sup>

Anhand des von *Halle gegen Rechts* verwendeten Begriffs „Struktureller Antisemitismus“ soll im Folgenden grob skizziert werden, wie Ausgrenzung und Diffamierung funktionieren und welche Ziele dahinter stehen (können).

Bei Wikipedia findet man: „Als strukturell antisemitisch werden Ideologien bezeichnet, die sich nicht ausdrücklich gegen Juden richten, aber dem ‚klassischen‘ Antisemitismus von ihrer Begrifflichkeit und Argumentationsstruktur her ähneln. Gemeint ist beispielsweise die aus dem Frühsozialismus stammende Unterscheidung von Finanzkapital und Produktivkapital, wobei Ersteres mit seinen Repräsentanten identifiziert wird.“<sup>20</sup>

Auf der Seite von *haGalil*, einem deutsch-jüdischen Nachrichtenmagazin, erfährt man, dass der Begriff „Struktureller Antisemitismus“ von Thomas Haury mit seinem Buch „Antisemitismus von links, Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR“ in die Debatte eingeführt wurde. Dort steht u.a.: „Eine Aversion gegen das Finanzkapital, die einen bestimmten Bankier als Personifizierung hervorhebt und damit eine eindimensionale Deutung von Gut und Böse verbindet, muss insofern nicht immer einem antisemitischen Weltbild entsprechen.“<sup>21</sup> Offensichtlich gibt es zu dem Begriff unterschiedliche Deutungen<sup>22</sup>, was gezielt und manipulativ ausgenutzt werden kann.

Die politische Meinungsmanipulation geschieht nicht im luftleeren Raum: In unserer Gesellschaft sowie auf globaler Ebene klafft die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander<sup>23</sup>. Das ist eine Folge des auf Privatisierung von Ressourcen und auf Gewinnmaximierung basierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wer die ökonomische Macht besitzt, entscheidet über die politische Macht.<sup>24</sup> Ab einer gewissen Machtkonzentration sind global agierende Machtgruppen bereit, ihre imperialen Interessen gewaltsam durchzusetzen<sup>25</sup>, unter Missachtung des Völkerrechts<sup>26 27</sup> und mit Begehung von Kriegsverbrechen.<sup>28 29</sup>

Derzeit findet eine konfliktreiche Neuordnung der globalen Machtverhältnisse statt. Ausgetragen werden die Konflikte unter anderem im Ukrainekrieg. Es besteht die reale Gefahr, dass sich dieser auch auf das NATO-Gebiet ausweitet.<sup>30</sup>

Die globalen Spannungen reichen tief in unsere Gesellschaft hinein. Das äußert sich beispielsweise in gezielten Verdrehungen der politischen Begriffe „links“ und „rechts“. Früher war es Konsens der politischen Linken, die menschenverachtende, gewalttätige, imperiale Machtpolitik, welche einst auch den italienischen Faschismus sowie den deutschen Nationalsozialismus mit allen verbrecherischen Auswirkungen hervorgebracht hatte, zu verurteilen.<sup>31 32 33</sup> Mittlerweile scheint in manchen Kreisen, die sich als „links“ bezeichnen, ein Wertewandel stattgefunden zu haben.<sup>34</sup> Selbst pazifistische Gedanken und die Kritik an der von imperialen Interessen getriebenen Kriegspolitik sind ihnen suspekt und werden als „rechts“ geframt.<sup>35 36</sup>

Hinter der Verwendung von verwirrenden Kampfbegriffen und der Verkehrung politischer Kategorien steht offensichtlich ein klares Ziel: Ursprünglich politisch linke Positionen, wie die substanzielle Kritik an den herrschenden Macht- und Verteilungsverhältnissen, sollen wirksam unterdrückt werden, und zwar mit dem blinden Einverständnis sehr vieler Menschen in der Gesellschaft. Denn welcher demokratisch denkende Humanist würde Antisemitismus und Rassismus nicht ehrlichen Herzens auf das Schärfste verurteilen?

In einem so geschaffenen gesellschaftlichen Klima neigen manche auch zu Gewalt. Kommt es anfangs vielleicht „nur“ zu Sachbeschädigungen an fremdem Eigentum, nehmen radikalisierte Menschen Schritt um Schritt sogar Schädigungen von Leib und Leben vermeintlicher „Nazis“ in Kauf.<sup>37</sup> Menschen, die sich derart manipulieren und gegeneinander aufhetzen lassen, setzen sich nicht mehr inhaltlich mit den wirklichen Problemen auseinander. Die grob skizzierte ideologische Vorarbeit von *Halle gegen Rechts* trägt maßgeblich zu derartigen Entwicklungen in der Stadtgesellschaft bei.

Fazit: Ob selbstbestimmt oder fremdgesteuert, das *Bündnis für Zivilcourage* handelt mittlerweile gegen seine ursprünglichen Grundsätze und Ziele, welche zu Textbeginn benannt wurden. Es fördert genau jene Entwicklungen, die es zu bekämpfen vorgibt. **Mit aktiver Unterstützung durch die Stadt Halle engagiert sich *Halle gegen Rechts* eigentlich gegen „links“, und zwar gegen jene Menschen, die nicht auf Linie der imperialen US-Politik sind.**

*Dialog für Frieden und Demokratie - AK Bildung*

## Quellenverzeichnis und Anmerkungen

- <sup>1</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de>
- <sup>2</sup> Hallesches Amtsblatt 02/2022 vom 14.01.2022
- <sup>3</sup> <https://dubisthalle.de/staedtepartnerschaft-beigeordnete-und-wirtschafts-chefin-reisen-nach-savannah>
- <sup>4</sup> übersetzt aus: <https://strongcitiesnetwork.org/our-themes/transatlantic-initiative/>
- <sup>5</sup> Übersetzt aus Wikipedia, Stand 16.02.2024: „Finanziert wurde die ISD von der Bill & Melinda Gates Foundation, dem Omidyar Network, der Gen Next Foundation und der Open Society Foundation.“ ([https://en.wikipedia.org/wiki/Institute\\_for\\_Strategic\\_Dialogue](https://en.wikipedia.org/wiki/Institute_for_Strategic_Dialogue)), dort mit Quellenverweisen unterlegt
- <sup>6</sup> Siehe diesbezügliche Antworten der Stadtverwaltung Halle zur Einwohnerfragestunde am 28.02.2024; siehe Antwort der Verwaltung zur Petition vom 20.03.2024 (hallesche Perspektiven – Papiere 3 und 4)
- <sup>7</sup> <https://www.osce.org/files/f/documents/6/e/39503.pdf> (Seite 6)
- <sup>8</sup> zur freien Mitnahme öffentlich bereitgestellt gewesen
- <sup>9</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Joachim\\_Maaz](https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Joachim_Maaz)
- <sup>10</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de/service/465-evangelische-kirche-in-halle-bietet-lautsprecher-der-extremen-rechten-ein-podium.html>
- <sup>11</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de/service/466-hans-joachim-maaz-und-die-extreme-rechte.html>
- <sup>12</sup> <https://www.merkur.de/deutschland/corona-omikron-lockerungen-lungenspezialist-voshaar-vorhersage-endemie-massnahmen-ende-verlauf-klinik-91347654.html>
- <sup>13</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/corona-impfungen-ema-enthuellt-schockierende-fakten-war-die-impfkampagne-berechtigt-li.2162526>
- <sup>14</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-lauterbach-prantl-corona-massnahmen-100.html>
- <sup>15</sup> Schweizer Historiker, Publizist und Friedensforscher, wird kontrovers diskutiert
- <sup>16</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=FRDmEbd9k>  
("Halle gegen Rechts" demonstriert gegen den Auftritt von Daniele Ganser in Halle, Tumulte, 29.6.2022)
- <sup>17</sup> <https://www.halle-gegen-rechts.de/service/459-kritik-am-auftritt-des-verschw%C3%B6rungs-ideologen-daniele-ganser-in-halle-saale.html>
- <sup>18</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=DnnHT\\_iMXOE](https://www.youtube.com/watch?v=DnnHT_iMXOE)  
(Rede von Oskar Lafontaine - 1. Parteitag des BSW | Berlin | 27. Januar 2024; ab 15:20)
- <sup>19</sup> <https://bildungswochen.de/grusswort-des-buergermeisters-zu-den-bildungswochen-gegen-rassismus-2024/>
- <sup>20</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Antisemitismusforschung#Struktureller\\_Antisemitismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Antisemitismusforschung#Struktureller_Antisemitismus) (Stand: 01.03.2024)
- <sup>21</sup> <https://www.hagalil.com/2021/03/struktureller-antisemitismus/>
- <sup>22</sup> ebenda
- <sup>23</sup> u.a. „Ausgrenzungen, Brutalität und Komplexität in der globalen Welt“ (Saskia Sassen, Frankfurt/M. 2015)
- <sup>24</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/175496/transnationale-unternehmen/>
- <sup>25</sup> u.a. „Die Tyrannei des Wachstums“ (Jason Hickel, München, 2017)
- <sup>26</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%BCndung\\_des\\_Irakkriegs](https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%BCndung_des_Irakkriegs)
- <sup>27</sup> u.a.: Die CIA unterhielt Foltergefängnisse in Rumänien, Polen und Litauen. Guantanamo besteht bis heute.  
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/cia-foltergefaengnisse-in-rumaenien-ion-iliescu-gibt-existenz-zu-a-1028917.html>  
[https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/polen-cia-folter-gefaengnis?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/polen-cia-folter-gefaengnis?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)  
<https://www.spiegel.de/ausland/litauen-verkauft-ehemaliges-cia-foltergefaengnis-bei-vilnius-detention-site-violet-a-4d6772cb-f2e1-4205-90a3-c1013c7cac9a>
- <sup>28</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Amerikas-Schandfleck-20-Jahre-Gefangenenlager-Guantanamo,audio1044636.html>
- <sup>29</sup> <https://www.dw.com/de/usa-gegen-julian-assange/a-54817342>
- <sup>30</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/zehn-jahre-iraq-war-logs-wie-wikileaks-zum-staatsfeind-wurde-100.html>
- <sup>31</sup> [https://www.focus.de/politik/ausland/nato-admiral-buerger-sollen-sich-auf-einen-krieg-mit-russland-vorbereiten\\_id\\_259590253.html](https://www.focus.de/politik/ausland/nato-admiral-buerger-sollen-sich-auf-einen-krieg-mit-russland-vorbereiten_id_259590253.html)
- <sup>32</sup> <https://www.wissenschaft-und-frieden.de/artikel/keine-taler-fuer-den-krieg/>
- <sup>33</sup> <https://www.unsere-zeit.de/ein-leben-fuer-frieden-und-sozialismus-159336/>
- <sup>34</sup> „„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt, früherer SPD-Politiker und Bundeskanzler am 3. November 1981; <https://willy-brandt.de/willy-brandt/reden-zitate-und-stimmen/zitate/>)
- <sup>35</sup> „Friedenspolitik bedeutet für mich, auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen.“ (Lars Klingenbeil, SPD-Parteivorsitzender, laut „Abgeordnetenwatch“ bis 2017 langjähriges Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik; zitiert aus: „Zeitenwende in der Sicherheitspolitik – Deutschlands Weg in eine neue Ordnung“)
- <sup>36</sup> <https://sachsen-anhalt.dfg-vk.de/der-rechte-fluegel-der-friedenstaube-querfronten-fuer-den-frieden/>
- <sup>37</sup> <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ukrainekrieg-die-friedensschwurbler-wollen-hauptsaechlich-frieden-fuer-sich-selbst-kolumne-von-sascha-lobo-a-1fffb0db-55f3-414e-a457-a596c757f957>
- <sup>38</sup> <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/verfassungsschutzberichte-zum-downloaden/page>  
(Bericht 2022, Seiten 150 ff)

---

## Ergänzende Hinweise zum vorliegenden Papier

Der im Text benannte Vorfall vom Januar 2023 in der Paulusgemeinde Halle (Ausladung von Herrn Dr. Maaz auf Betreiben von *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage*) hat uns dazu veranlasst, uns tiefergehend mit der Rolle des besagten Bündnisses in Halle zu befassen. Wir befürchten, dass die Diffamierung und Ausgrenzung Andersdenkender jene extremistischen, menschenverachtenden Tendenzen fördert, denen wir mit unserer Arbeit klar entgegentreten. Es entstand u.a. der Arbeitskreis *Dialog auf Augenhöhe*. Gemäß unserem Selbstverständnis suchten wir wiederholt, leider ergebnislos, das Gespräch u.a. mit folgenden Organisationen:

- *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage*
- Friedenskreis (Trägerorganisation und Bündnispartner)
- Stadtfraktion *Bündnis 90/Die Grünen* (Bündnispartner)
- Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* im Stadtrat (Bündnispartner)
- Fraktion *SPD* im Stadtrat (Bündnispartner)
- Stadtfraktion Die Linke in Halle (Bündnispartner)
- Freiwilligenagentur Halle (Bündnispartner)
- Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnispartner)

Dialog ist für uns kein Selbstzweck. Wir erachten ihn als eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen und Gruppen gemeinsamen gegen Extremismus und für Frieden wirken können. Dabei geht es uns nicht unbedingt um gemeinsame Projekte, sondern darum, dass Menschen und Gruppen mit humanistischen Zielen nicht gegeneinander arbeiten.

Im Sinne einer lebendigen Demokratie und des respektvollen Miteinanders arbeiteten wir über ein Jahr daran, eine öffentliche Gesprächsveranstaltung zu organisieren (*Dialog auf Augenhöhe*, vgl. Hallesche Perspektiven – Papier 2 vom 18.02.2024). Wir wollten und wollen dazu beitragen, die polarisierenden, Extremismus fördernden Tendenzen in Halle abzubauen. Hierzu planten wir, besagte Gesprächsveranstaltung gemeinsam mit *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage* zu konzipieren und durchzuführen. Das Projekt kam jedoch mangels Gesprächsbereitschaft seitens des Bündnisses nicht zustande.

Im Zuge unserer Recherchen wurde uns u.a. das Wirken von *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage* bei *Strong Cities Network* bekannt. Nachdem das Bündnis konsequent den Dialog verweigerte, reichten wir am 20.03.2024 die Petition „Behandlung von Fragen zu Halles Mitgliedschaft bei *Strong Cities Network* und dem diesbezüglichen Wirken ihrer Beauftragten in diesem Netzwerk“ (siehe Hallesche Perspektiven - Papier 3) bei der Stadtverwaltung ein. Auf Nachfrage im Hauptausschuss am 22.05.2024 bezüglich der überfälligen Antworten gab die Verwaltung deutlich zu verstehen, dass sie nicht beabsichtigt, unsere Fragen zu beantworten. Ein diesbezügliches Schreiben der Verwaltung vom 14.06.2024 trug ebenfalls nicht zur Klärung bei (siehe Hallesche Perspektiven - Papier 4).

Nunmehr haben wir uns ganz bewusst dafür entschieden, die Ergebnisse unserer Recherchen mit dem vorliegenden Text vorerst als Entwurfsfassung ins Netz zu stellen.

Dieses Dokument darf sich verändern, wenn wir in offenen, respektvoll geführten und inhaltlich konstruktiven Gesprächen mit *Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage*, zu denen wir weiterhin bereit sind, neue Erkenntnisse gewinnen.

*Dialog für Frieden und Demokratie - AK Bildung*